



## Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

**Titel:** Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind.

Datum: 31. Januar 2012

Nummer: 2012-041

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---

**Vorlage an den Landrat****betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind.**

Vom 31. Januar 2012

Inhalt	Seite	Seite
<b>1 Einleitung</b>		
<b>2 Abzuschreibende Aufträge</b>		<b>3 Aufträge die weiterhin bearbeitet werden</b>
2.1 Finanz- und Kirchendirektion		3.1 Finanz- und Kirchendirektion
- 2.1.1 Postulate	2	- 3.1.1 Postulate 6
- 2.1.2 Motionen	3	- 3.1.2 Motionen 9
2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion		3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion
- 2.2.1 Postulate	3	- 3.2.1 Postulate 9
- 2.2.2 Motionen	4	- 3.2.2 Motionen 9
2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion		3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion
- 2.3.1 Postulate	4	- 3.3.1 Postulate 10
- 2.3.2 Motionen	5	- 3.3.2 Motionen 13
2.4 Sicherheitsdirektion		3.4 Sicherheitsdirektion
- 2.4.1 Postulate	5	- 3.4.1 Postulate 14
- 2.4.2 Motionen	5	- 3.4.2 Motionen 15
2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion		3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
- 2.5.1 Postulate	6	- 3.5.1 Postulate 15
- 2.5.2 Motionen	6	- 3.5.2 Motionen 17
2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat		3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat
- 2.6.1 Postulate	6	- 3.6.1 Postulate 18
- 2.6.2 Motionen	6	- 3.6.2 Motionen 18
<b>4 Anträge</b>		<b>18</b>

## 1 Einleitung

Gemäss § 46 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landrates vom 21. November 1994 unterbreiten wir Bericht und Antrag über diejenigen Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung durch eine Vorlage oder einen Bericht des Regierungsrates erfüllt worden sind.

Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2011** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2010** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung, und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung wir beantragen (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

## 2 Abzuschreibende Aufträge

### 2.1 Finanz- und Kirchendirektion

#### 2.1.1 Postulate

##### 2.1.1.1 2006/226; Postulat der FDP-Fraktion vom 21. September 2006: Steuern könnten einfacher sein!; überwiesen am 15/02/2007

Das Postulat wurde im September 2006 eingereicht. In der Zwischenzeit wurde von der FDP im September 2007 die formulierte Verfassungsinitiative «Einfachere Steuern im Baselbiet» lanciert und am 9. Juli 2009 mit der notwendigen Unterschriftenzahl eingereicht. Die Initiative forderte u.a., mittels einer Standesinitiative, die eidgenössische Gesetzgebung und allfällige Verfassungsartikel so anzupassen, dass die Besteuerung von natürlichen Personen grundlegend vereinfacht werden kann. Dabei sollten Bund, Kantone und Gemeinden bei der Einkommensbesteuerung wenige Einheitstarife und Pauschalabzüge einführen sowie die heutige Vermögens- und Vermögensertragsbesteuerung durch die Besteuerung einer Soll-Kapitalrendite ersetzen. Mit dieser Forderung sollte das von der Zürcher FDP entwickelte Modell von Easy Swiss Tax unterstützt werden. Im Rahmen der parlamentarischen Beratung wurde ein Gegenvorschlag zur Initiative «Einfachere Steuern im Baselbiet» erarbeitet. Dabei wurde das Hauptziel der Initiative, nämlich die einfache, leicht verständliche und nachvollziehbare Ausgestaltung des Steuergesetzes, beibehalten. Die Forderung nach der oben erwähnten Standesinitiative wurde hingegen fallen gelassen. Die FDP hat in der Folge ihre Verfassungsinitiative zurückgezogen und der Gegenvorschlag wurde am 27. November 2011 vom Souverän mit grossem Mehr angenommen.

Die Postulantin stellt diverse Fragen zum Besteuerungsmodell Easy Swiss Tax. Der Regierungsrat erachtet es unter Berücksichtigung der beschriebenen Entwicklung aber nicht mehr für sinnvoll, diese Fragen im heutigen Zeitpunkt noch zu beantworten. Denn einerseits fehlt Easy Swiss Tax in unserem Kanton erwiesenermassen die politische Unterstützung und andererseits wäre die Beantwortung der gestellten Fragen nur mit relativ grossem Aufwand möglich. Denn neben

der steuerlichen Thematik sind auch volkswirtschaftliche und finanzpolitische Themen angesprochen. Aufwand und Nutzen stünden hier zweifellos in einem Missverhältnis. Daher beantragt der Regierungsrat, das Postulat 2006/226 abzuschreiben.

#### Antrag auf Abschreibung.

##### 2.1.1.2 2008/314; Postulat der FDP-Fraktion vom 27. November 2008: Anpassung von Vergütungs- und Verzugszins bei der Staatssteuer; überwiesen am 27/11/2008

Das Postulat stellt drei Forderungen auf:

1. Die Anhebung des Vergütungszinssatzes auf mindestens 2 %.
2. Die Einführung eines Vergütungszinssatzes für Rückerstattungen in der gleichen Höhe.
3. Die Senkung des Verzugszinssatzes.

Aus finanzieller Sicht bedeutet eine Erhöhung des Vergütungszinssatzes zusätzliche Kosten für den Staatshaushalt, wenn liquide Mittel auf dem Geldmarkt zu einem tieferen Zinssatz als zum Vergütungszinssatz beschafft werden können. Dies war in den vergangenen Jahren und ist in der aktuellen Zinssituation der Fall. Daher hat der Regierungsrat im Jahr 2009 den Vergütungszinssatz auf 1,0 %, für die Jahre 2010 und 2011 auf 0,6 % und für das Jahr 2012 auf 0,5 % festgesetzt. Unter Berücksichtigung des angespannten Staatshaushalts wäre die Erhöhung des Vergütungszinssatzes und damit die Verursachung zusätzlicher Kosten nicht zu rechtfertigen.

Die Postulantin macht geltend, dass zur Förderung der Standortattraktivität ein vergleichsweise hoher Vergütungszinssatz ein positives Signal aussenden würde. Dem Regierungsrat sind aber weder Studien noch Umfragen zur Standortattraktivität bekannt, in denen Vergütungs- und Verzugszinsen als massgebliche Kriterien angeführt werden. Daraus kann geschlossen werden, dass bei einer Erhöhung des Vergütungszinssatzes Kosten verursacht würden, die zu keiner wahrnehmbaren Verbesserung des Steuerstandorts führten. Hinzu kommt, dass sich der Vergütungszinssatz an demjenigen für Privat- und Sparkonti orientiert und den zusätzlichen Vorteil hat, dass er steuerfrei ist. Selbst die oben aufgeführten Zinssätze sind daher für Steuervorauszahlungen noch attraktiv.

Die Frage der Einführung eines Rückerstattungszinses stellt sich bei unserem Bezugssystem nicht. Im Gegensatz zu anderen Kantonen werden im Kanton Basel-Landschaft nämlich Guthaben aus früheren Steuerjahren automatisch auf das aktuelle Steuerjahr umgebucht, und zwar auch von der Staatssteuer auf die Bundessteuer und umgekehrt. Es kommt somit nur zu sehr wenigen systembedingten Rückerstattungen. Ein Rückerstattungszins wäre dann sinnvoll, wenn auf die Umbuchung zwischen der Staats- und Bundessteuer verzichtet würde. Im Rahmen eines Projekts zur Optimierung des Steuerinkassos wurde dies von der kantonalen Steuerverwaltung geprüft, unter Abwägung der Vor- und Nachteile aber verworfen, da die jetzige Lösung kundenfreundlicher ist.

Der Verzugszins wurde im Rahmen der generellen Aufgabenüberprüfung GAP im Jahr 2005 auf 5 % festgelegt und seither nicht mehr geändert. Neben der absoluten Höhe ist aber auch die kundenfreundliche Basel-

bieter Praxis bei der Belastung von Verzugszinsen zu berücksichtigen. Um Verzugszinsen zu vermeiden, muss nämlich nur der mit der Vorausrechnung fakturierte Betrag fristgerecht bezahlt werden. Auch wenn die definitive Veranlagung einen höheren zu bezahlenden Betrag ergibt, muss bei wiederum fristgerechter Bezahlung kein Verzugszins bezahlt werden. Zudem würde eine Reduktion des Verzugszinses um 1 % zu Einnahmehausfällen von rund CHF 1,5 Mio. führen. Dies ist in der gegenwärtigen Situation nicht angezeigt. Neben der Generierung von Einnahmen soll der Verzugszins im Übrigen auch dazu beitragen, dass die Steuern pünktlich bezahlt werden. Der Verzugszins darf also nicht so tief sein, dass er zum Aufschieben der Bezahlung der Steuern verleitet. Rückstände beim Bezahlen der Steuern aufzuholen, ist sehr mühsam und belastend und in wirtschaftlich schwächeren Zeiten noch schwieriger. Aus all diesen Überlegungen hat der Regierungsrat den Verzugszins seit 2005 konstant bei 5 % belassen. Aufgrund der gemachten Ausführungen beantragt der Regierungsrat, das Postulat 2008/314 abzuschreiben.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

#### **2.1.1.3 2009/376; Postulat der FDP-Fraktion vom 10. Dezember 2009: Region Basel als Standort für Projekt Luftraumsicherung; überwiesen am 11/11/2010**

Das Postulat fordert den Regierungsrat dazu auf, sich darum zu bemühen, dass der EuroAirport als Standort für ein trinationales Flugsicherungs-Kontrollzentrum für den Luftraum empfohlen wird. Ein solches Kontrollzentrum haben die Flugsicherungsbehörden von Deutschland, Frankreich und der Schweiz in Erwägung gezogen. Der Regierungsrat war im Gespräch mit der Schweizer Flugsicherungsbehörde (Skyguide) und hat sich aktiv für die Ansiedlung des Kontrollzentrums in unserer Region eingesetzt. Im vergangenen Jahr verdichteten sich aber die Anzeichen, dass dieses Projekt hohe Hürden, namentlich rechtliche, zu überwinden hat. Diese konnten offenbar nicht gemeistert werden: Im Oktober 2011 teilte Skyguide dem Regierungsrat mit, dass die Projektleitung entschieden habe, das Projekt nicht weiterzuverfolgen.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

#### **2.1.2 Motionen**

Keine

-----

#### **2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion**

#### **2.2.1 Postulate**

#### **2.2.1.1 2007/203; Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Mehr Handlungsspielraum für die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Landschaft; überwiesen am 05/06/2008**

Das Postulat der FDP-Fraktion beauftragte den Regierungsrat zu prüfen, wie der Handlungsspielraum der öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Landschaft in einem vermehrt wettbewerbsorientierten Umfeld weiter

gestärkt werden kann und ob dazu eine konsequente Verselbständigung der Spitäler als öffentlich-rechtliche Anstalten nicht am besten dafür geeignet wäre.

Mit der Revision des Spitalgesetzes vom 17. November 2011 werden die Spitäler als öffentlich-rechtliche Anstalten verselbständigt. Die Revision des Spitalgesetzes unterliegt gemäss § 30 Buchstabe b der Kantonsverfassung (KV) der obligatorischen Volksabstimmung, da der Landrat den Beschluss mit weniger als 4/5 der anwesenden Mitglieder gefasst hat.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

#### **2.2.1.2 2007/287; Postulat von Pia Fankhauser vom 15. November 2007: Zentrale Vermittlung von Ferienbetten/Notbetten für Betagte; überwiesen am 16/10/2008**

Die Nachfrage beim Verband Baselbieter Alters-, Pflege- und Betreuungseinrichtungen (BAP) hat ergeben, dass ein zentrales Bettenvermittlungsportal vom BAP vor einigen Jahren bereits erprobt wurde, aber aus mehreren Gründen nicht erfolgreich weitergeführt werden konnte.

Das Portal wurde daher bei der Neugestaltung der Homepage des BAP durch eine Adressliste mit direktem Mailzugang zu den Heimen ersetzt.

Gründe für die Änderung waren zum einen die Tatsache, dass die hohe Auslastung bei den Ferien-/Entlastungsbetten dazu führte, dass freie Betten von den Heimen nur selten gemeldet wurden. Meist wurden die Plätze bereits durch direkte Anfragen in den Heimen belegt und freie Plätze wurden dem BAP nicht gemeldet. Im Gegensatz zur Situation im Tourismus, gibt es bei den Ferien-/Entlastungsbetten keinen Angebotsüberschuss und die Heime sind nicht auf eine zentrale Vermittlung angewiesen.

So konnte die Aktualität der Angaben auf dem Internetportal nicht gewährleistet werden. Das wiederum führte eher zu Verärgerung bei den Suchenden und nicht zur gewünschten Entlastung.

Auf Grund der insgesamt relativ geringen Anzahl von zur Verfügung stehenden Ferien-/Entlastungsbetten stand der Aufwand für die Führung des Portals für den BAP in keinem Verhältnis zur Tatsache, dass kaum einmal ein Ferienbett effektiv über das Portal vermittelt werden konnte.

Bei der nun auf dem Internetportal zur Verfügung gestellten aktualisierten Pflegeheimliste des BAP sind Angaben wie E-Mail-Adresse sowie Telefonnummer für alle Heime welche ein Ferien-/Entlastungsbett anbieten auf einer Liste übersichtlich dargestellt. Damit entfällt zumindest der zeitraubende Umweg über die Homepage der jeweiligen Pflegeheime.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

#### **2.2.1.3 2008/235; Postulat von Pia Fankhauser vom 25. September 2008: Palliativmedizin in ein Konzept einbetten - Sterben in Würde ermöglichen; überwiesen am 07/05/2009**

Mit dem Postulat von Pia Fankhauser Zenhäusern, SP-Fraktion, setzt sich die Autorin sowie die Mitunterzeichner für eine bedürfnisgerechte palliativmedizinische Versorgung für den Kanton Basel-Landschaft ein. Die Versorgung soll mit Leistungsaufträgen an Kantons spitäler gesichert werden.

Mit der neuen Spitalplanung und Spitalfinanzierung

wurde ein Leistungsauftrag der Palliativmedizin an mehrere Spitäler erteilt.

Neben dem Kantonsspital Baselland erhielten die Ita Wegman Klinik, Lukas Klinik und das Hospiz im Park einen Leistungsauftrag. Insbesondere das Hospiz im Park und die Lukas Klinik sind auch spezifisch auf Palliativmedizin ausgerichtet. Die Konzepte orientieren sich nach eidgenössisch einheitlichen Vorgaben und die Qualität wird vom Nationalen Verein für Qualitätsentwicklung in Spitälern und Kliniken (ANQ) überprüft.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

### **2.2.2 Motionen**

Keine

-----

### **2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion**

#### **2.3.1 Postulate**

##### **2.3.1.1 1994/016; Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.; überwiesen am 10/02/1994**

Alle Anträge wurden unterdessen erfüllt.

1. Es werden ausschliesslich Fahrzeuge beschafft, welche einen rollstuhlgängigen Einstieg aufweisen. Die noch vorhandenen alten Fahrzeuge wurden entweder angepasst oder werden in den nächsten Jahren im Rahmen der laufenden Trambeschaffungen von BVB und BLT ausgemustert.
2. Alle Haltestellen (ausser ganz abgelegene „Wanderhaltestellen“) werden zukünftig so ausgebaut, dass sie von Menschen mit Behinderungen hindernisfrei benutzt werden können. Entsprechende Planungskredite für das Tram- und Busnetz sind in Vorbereitung resp. in Beratung. Auf dem Netz der Regio-S-Bahn Basel sind die Anpassungen bereits abgeschlossen. Die Umsetzung muss gemäss Bundesrecht vor 2023 abgeschlossen sein.
3. Bis zur vollständigen Umsetzung der niveaugleichen Einstiege an den Haltestellen, wurden in alle Fahrzeuge die im Postulat geforderten Rampen eingebaut.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

##### **2.3.1.2 2009/233; Postulat von Elisabeth Augstburger vom 10. September 2009: Mit Disc-Recycling CO2-Ausstoss reduzieren und Erdöl sparen; überwiesen am 17/06/2010**

In der Zwischenzeit wurde das Anliegen vertieft geprüft und festgestellt, dass die seinerzeit vorgebrachten Gründe für eine Ablehnung des Vorstosses nach wie vor gelten und zusammen mit den Ergebnissen der neusten Entwicklung den Antrag auf Abschreibung des Postulates rechtfertigen:

Es bestehen für die Bevölkerung bereits heute Rückgabemöglichkeiten für CDs/DVDs im Rahmen des Sammelnetzes für Elektronikgeräte. Zusätzlich nehmen schweizweit 74 Migros-Filialen alte CDs und DVDs

zurück und führen sie dem Recycling zu. Die Migros prüft derzeit die flächendeckende Einführung dieses Angebots. Vor diesem Hintergrund ist es nicht Aufgabe von Kanton und Gemeinden, eigene Angebote für die Sammlung von CD/DVD aufzuziehen. Bekannt gemacht werden aber weiterhin die bestehenden Abgabestellen für Elektronikgeräte sowie Angebote einzelner Gemeinden, Verbände (z.B. der KELSAG) oder Detailhändler.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

##### **2.3.1.3 2009/345; Postulat von Jürg Wiedemann vom 26. November 2009: Einrichten einer Litteringplattform; überwiesen am 11/11/2010**

Der Bund hat eine Litteringplattform eingerichtet, an welcher das Amt für Umweltschutz und Energie teilnimmt. Sie hat zum Ziel, mit den wichtigsten Akteuren (Grossverteiler, Fast-Food-Firmen, etc.) gesamtschweizerische Vereinbarungen über Mindeststandards zu Bekämpfung des Litterings zu erreichen. Die Beteiligten wollen damit einen Flickenteppich unterschiedlicher kantonaler Lösungen (wie etwa bei der Umsetzung des Rauchverbotes) verhindern und ein koordiniertes Vorgehen sicherstellen.

Der Spielraum von regionalen Gruppen, wie beispielsweise der Littering-Gespräche in Basel-Stadt, beschränkt sich daher auf die Suche nach Lösungen für speziell problematische Areale. Im Kanton Basel-Landschaft sollen weiterhin die gut eingespielten regionalen Littering-Arbeitsgruppen (z. B. Leimental, Birstal, Gemeinden um Liestal) genutzt und die Thematik (wie schon bisher) dem jeweiligen Umfeld entsprechend angegangen werden. Zusätzlich hat ganze Reihe von Gemeinden bereits auf der Basis von Vereinbarungen mit lokalen Fast-Food-Anbietern sichergestellt, dass diese in geeigneter Weise ihren Beitrag zur Eindämmung des Litterings leisten. Es ist somit nicht nötig, weitere Litteringplattformen einzurichten.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

##### **2.3.1.4 2010/051; Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg bei vom 28. Januar 2010: Vorinformation bei der verspäteten Abrechnung von Verpflichtungskrediten; überwiesen am 25/11/2010**

In der Zwischenzeit, seit Einreichung des Postulates 2010/051, ist bei der Erarbeitung der neuen Sammelvorlage der Eindruck entstanden, dass die ausstehenden, verspäteten Abrechnungen aufgearbeitet sind. Die letzte Landratsvorlage mit dem Titel Sammelvorlage betr. 12 Schlussabrechnungen von Verpflichtungskrediten, Abrechnungsperiode Juli 2010 - September 2011 (zur Zeit in der Finanzkommission in Beratung) hat jedenfalls keine verspäteten Abrechnungen mehr zum Inhalt. Die Aufforderung zur rechtzeitigen Abgabe der Abrechnung ist auch für das Jahr 2012 ergangen. Aus diesem Grund sehen wir das Anliegen als gelöst.

#### **Antrag auf Abschreibung.**

*Abschreibungsanträge der BUD zu Postulaten mit laufender Behandlungsfrist:*

##### **2.3.1.5 2011/060; Postulat von Josua M. Studer vom 3. März 2011: Kreisel Baslerstrasse / Grabenring; überwiesen am 03/03/2011**

Zur Beurteilung der Verflechtungssituation Schiene -

Strasse im Bereich der Kreiselausfahrt Allschwil Dorf fand am 23.03.2011 ein Augenschein statt. Hierbei vertreten waren Polizei BL Verkehrstechnik, Tiefbauamt BL Verkehrstechnik und Tiefbauamt BL Projektmanagement. Daraufhin wurde beschlossen, zur zusätzlichen Erhöhung der Verkehrssicherheit, ein entsprechendes Gefahrensignal (Tramvortritt) unmittelbar am rechten Fahrbahnrand anzuordnen. In die Beurteilung der Situation wurden die zuständigen Stellen der BVB ebenfalls mit einbezogen und die Anordnung des Signals wird auch seitens BVB gutgeheissen. Die Massnahme ist zweck- und verhältnismässig.

**Antrag auf Abschreibung.**

**2.3.1.6 2010/256; Postulat von Beatrice Herwig vom 24. Juni 2010: Fahrplanverbesserung auf der Buslinie 64 Arlesheim Dorf - Dornach Arlesheim Bahnhof; überwiesen am 31/03/2011**

Der geforderte Viertelstundentakt zwischen Arlesheim Dorf und dem Bahnhof Dornach-Arlesheim wurde per Fahrplanwechsel am 11.12.2011 eingeführt. Möglich wurde dies durch die Nutzung von Standzeiten einer anderen Linie in Dornach-Arlesheim.

**Antrag auf Abschreibung.**

**2.3.1.7 2011/183; Postulat von Andreas Giger vom 9. Juni 2011: Einhaltung des Landesmantelvertrages für das Bauhauptgewerbe (LMV) bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge; überwiesen am 17/11/2011**

Der Vollzug eines GAV obliegt einzig und alleine den dafür zuständigen Organen, insbesondere den jeweiligen Paritätischen Kommissionen sowie dem KIGA Baselland. Der Landesmantelvertrag für das Schweizerische Bauhauptgewerbe sieht bezüglich dem betrieblichen Geltungsbereich vor, dass bei allfälligem Widerspruch zu anderen Gesamtarbeitsverträgen mittels einer Abgrenzungsvereinbarung mit allen betroffenen Vertragsparteien Klarheit geschaffen werden soll. Eine ausschreibende Stelle, die dem öffentlichen Beschaffungswesen unterstellt ist, ist nicht Vertragspartei eines GAV (LMV) und es obliegt ihr nicht, über eine allfällige Unterstellung (betrieblicher Geltungsbereich) zu bestimmen.

Die gesetzlichen Bestimmungen im öffentlichen Beschaffungswesen im Kanton Basel-Landschaft sind zur Gewährleistung der Gleichbehandlung aller Anbietenden in einem Beschaffungsverfahren ausreichend und werden auch konsequent umgesetzt, indem bei Eingabe des Angebots die entsprechende Bestätigung über die Einhaltung des GAV, sofern ein allgemein verbindlich erklärter GAV vorliegt, einzureichen ist.

Allfällige Verstösse gegen einen allgemein verbindlich erklärten GAV (LMV) treten erst in der Phase der Leistungserbringung auf, nach Abschluss des Beschaffungsverfahrens und nach Zuschlag (Vergabe). Allfällige Verstösse in der Phase der Leistungserbringung sind durch die zuständigen Vollzugsorgane (Paritätische Kommission, ZPK, KIGA usw.) festzustellen und zu ahnden.

Die Allgemeinverbindlichkeit des Landesmantelvertrags für das Schweizerische Bauhauptgewerbe 2008 - 2010 ist per 31.12.2011 abgelaufen. Demzufolge besteht seit dem 01.01.2012 im Schweizerischen Bauhauptgewerbe ein vertragsloser Zustand. Die Landesvereinbarung

zwischen der ASTAG und Les Routiers Suisses verfügt über keine Allgemeinverbindlichkeit.

Mit der am 17.11.2011 eingereichten und am 22.11.2011 überwiesenen Interpellation 2011/324 Sozial- und Lohndumping auf Baustellen des Kantons: weshalb kommt der Kanton seiner Kontrollpflicht nicht nach? wird die Frage der Kontrolltätigkeit gestellt. Und da der Vollzug eines allgemeinverbindlich erklärten GAV unter anderem eine Frage der Kontrolle in der Phase der Leistungserbringung ist, erscheint es nicht angemessen, diesen Themenbereich auch bei diesem Postulat zu behandeln.

**Antrag auf Abschreibung.**

**2.3.2 Motionen**

**2.3.2.1 2008/233; Motion von Myrta Stohler vom 25. September 2008: Baubewilligungsgebühren für Sonnenkollektoren; überwiesen am 14/05/2009**

Änderung per 28.06.2011 durch Regierungsrat genehmigt und per 01.07.2011 in Kraft gesetzt.

**Antrag auf Abschreibung.**

**2.4 Sicherheitsdirektion**

**2.4.1 Postulate**

**2.4.1.1 2003/019; Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unseres Kantons; überwiesen am 27/11/2003**

Im Hinblick auf den Evaluationsbericht betreffend Optimierung der Polizei hat die Justiz- und Sicherheitskommission in ihrem Bericht vom 5. Januar 2009 den Vorstoss nicht abgeschrieben. Mit Vorlage Nr. 2011-145 vom 10. Mai 2011 wurde der Evaluationsbericht dem Landrat überwiesen und vom ihm am 3. November 2011 beschlossen.

**Antrag auf Abschreibung.**

**2.4.2 Motionen**

**2.4.2.1 2007/197; Motion von Christian Steiner vom 6. September 2007: Interkantonale Zusammenarbeit im Hochwasserschutz; überwiesen am 07/05/2009**

Im Sommer 2011 haben die zuständigen Ämter der Kantone Bern, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura das interkantonale Abkommen über die Gründung der Birs-Kommission unterzeichnet. Diese koordiniert die Umsetzung des integralen Wassermanagements und bearbeitet namentlich die Themen "Schutz des Wassers", "Schutz vor Wasser" und "Nutzung des Wassers". Die Federführung liegt beim Kanton Jura. Die Birs-Kommission kann gemäss Art. 3 Abs. 4 temporäre Arbeitsgruppen für spezifische Fragestellungen zum Beispiel im Bereich des Bevölkerungsschutzes einsetzen.

Mit der Birs-Kommission sind die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um die vom Motionär Christian Steiner geforderten interkantonalen Planungen wie Schutzbauten, Flutgebiete, Gefahrenkarte,

Alarmierungs- und Informationssysteme sowie Massnahmen im Katastrophenfall durchzuführen.

Das bereits über die Nordwestschweizer Regierungskonferenz initialisierte, aber auf Antrag des Kantons Jura sistierte Projekt "Hochwasserwarnsystem Birs", kann nun im Sinne von Art. 3 Abs. 4 des interkantonalen Abkommens (Birs-Kommission) weiter bearbeitet werden.

**Antrag auf Abschreibung.**

-----

## 2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

### 2.5.1 Postulate

#### 2.5.1.1 2006/155; Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: Psychomotoriktherapie für alle Kinder, die sie brauchen; überwiesen am 22/03/2007

Die Zuteilung zu Psychomotoriktherapien erfolgt gemäss Sonderschulverordnung nach einer Abklärung durch das zuständige Fachzentrum (Stiftung Pädagogisch-Therapeutisches Zentrum Baselland ptz) nach behinderungsbedingter Dringlichkeit. Die zusätzlich geschaffenen Beratungsleistungen für Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und die neu geschaffene psychomotorische Förderung in der Grossgruppe bringen eine Entlastung und haben dazu beigetragen, die Wartelisten zu verringern.

**Antrag auf Abschreibung.**

#### 2.5.1.2 2007/162; Postulat der SP-Fraktion vom 21. Juni 2007: Bericht über die Rahmenbedingungen einer breiteren Abstützung des Theaters Basel, bis hin zur gemeinsamen Trägerschaft; überwiesen am 21/02/2008

Im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen zum Teilprojekt 4 Kultur war die gemeinsame Trägerschaft des Theaters nicht Gegenstand der Beratung und auch nicht in Aussicht genommene Zielsetzung. Als privatrechtliche Genossenschaft würde eine solche Trägerschaft einer Verstaatlichung gleich kommen, so wie dies bspw. bei den öffentlich-rechtlichen Betrieben der Universität und des Spitals der Fall ist. Eine allfällige Erhöhung der Subvention an das Theater Basel ab Spielzeit 2015 / 2016 wird im Rahmen des Teilprojekts 4 Kultur neu verhandelt.

**Antrag auf Abschreibung.**

#### 2.5.1.3 2009/024; Postulat von Christine Mangold vom 29. Januar 2009: Bericht "Entlastungsstunden Schulleitungen, Ressourcen Schulleitungssekretariate" der Perinova GmbH vom Juni 2007; überwiesen am 29/01/2009

Eine Projektgruppe, bestehend aus Vertretungen der Sozialpartner, dem Kantonalen Personalamt und der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) hatte den Auftrag, gestützt auf die Untersuchungsergebnisse einer externen Firma dem Regierungsrat entsprechende Umsetzungsvorschläge zu unterbreiten. Die Ergebnisse der externen Untersuchung wurden Ende des I. Quartals 2011 dem Regierungsrat, den Schulräten und den Schulleitungen vorgestellt und ist im Internet abrufbar: (<http://www.avs.bl.ch>) Taetigkeitsanalyse Schullei-

tungen und Sekretariate 2011). Der Direktionsvorsteher BKSD erteilte am 9. August 2011 per Mandat den Auftrag, die Ressourcierung der Schulleitungen und der Schulleitungssekretariate mittels VO Schulleitungen anzupassen. Das Vernehmlassungsverfahren dazu wird im I. Quartal 2012 eröffnet.

**Antrag auf Abschreibung.**

### 2.5.2 Motionen

Keine

-----

## 2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat

### 2.6.1 Postulate

Keine

### 2.6.2 Motionen

Keine

\* \* \*

## 3 Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

### 3.1 Finanz- und Kirchendirektion

#### 3.1.1 Postulate

##### 3.1.1.1 2000/049; Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien; überwiesen am 19/10/2000

Die verstärkte Unterstützung von Teilzeitarbeit in Kaderfunktionen wird im Rahmen des Legislatorschwerpunkts zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf 2012-2015 als Teil der Personalstrategie neu aufgenommen.

##### 3.1.1.2 2000/246; Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton; überwiesen am 11/01/2001

Ein Konzept des Personalamts "familienergänzende Kinderbetreuung für Mitarbeitende des Kantons" liegt vor. Das Projekt wurde aus finanziellen Gründen zunächst zurückgestellt. Zudem ist es abhängig vom Kantonalen Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich (Vorlage 2009/313), über welches das Volk im 2012 abstimmt.

##### 3.1.1.3 2002/127; Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen; überwiesen am 05/09/2002

Ein Konzept des Personalamts "familienergänzende Kinderbetreuung für Mitarbeitende des Kantons" liegt vor. Das Projekt wurde aus finanziellen Gründen zunächst zurückgestellt.

Zudem ist es abhängig vom Kantonalen Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich (Vorlage 2009/313), über welches das Volk im 2012 abstimmt.

**3.1.1.4 2003/080; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse; überwiesen am 19/06/2003**

Die Vorlage an den Landrat betreffend die Vollkapitalisierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse, die Umstellung auf das Beitragsprimat, die Umwandlung in eine Sammeleinrichtung sowie die Anpassung an die neuen Regelungen des Bundesgesetzes wird im Februar 2012 in die Vernehmlassung gehen. Es ist vorgesehen, dass sie im Sommer an den Landrat überwiesen wird.

**3.1.1.5 2003/112; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg; überwiesen am 13/11/2003**

Neue Nr. 2004/292; bleibt gemäss Landratsbeschluss vom 03.02.2005 bestehen, bis sich auf Bundesebene eine Lösung ergibt. Im März 2011 hat der Bundesrat eine Botschaft über die steuerliche Behandlung der berufsorientierten Aus- und Weiterbildungskosten verabschiedet. Die neuen Gesetzesbestimmungen werden zurzeit von den eidgenössischen Räten diskutiert. Eine Bundeslösung ist absehbar.

**3.1.1.6 2003/312; Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Änderung des Verkehrsabgabegesetzes; überwiesen am 27/05/2004**

Das Postulat wird mit der Totalrevision des Verkehrsabgabegesetzes beschrieben. Der Regierungsrat wird die Vorlage im 1. Quartal 2012 dem Landrat unterbreiten.

**3.1.1.7 2005/058; Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge; überwiesen am 17/11/2005**

Der Ständerat hat am 27. September 2011 einer Motion überwiesen, die eine gesamtschweizerische obligatorische Erdbebenversicherung fordert. Findet die Motion auch im Nationalrat Zustimmung, erhält der Bundesrat einen verbindlichen Auftrag, die Grundlagen für eine Erdbebenversicherung auszuarbeiten. Die Einreichung einer Standesinitiative ist daher zurzeit nicht opportun.

**3.1.1.8 2005/127; Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Mai 2005: Befristete Verkehrssteuerbefreiung für Elektro-, Erdgas- und Biogasfahrzeuge; überwiesen am 27/04/2006**

Das Postulat wird mit der Totalrevision des Verkehrsabgabegesetzes beschrieben. Der Regierungsrat wird die Vorlage im 1. Quartal 2012 dem Landrat unterbreiten.

**3.1.1.9 2006/016; Postulat von Marc Joset vom 12. Januar 2006: Personalbefragung; überwiesen am 11/05/2006**

Die Antwort des Regierungsrates wird im Verlauf des 1. Quartals 2012 an den Landrat überwiesen.

**3.1.1.10 2005/317; Postulat der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Strukturell bedingte Unterdeckung der Pensionskasse beseitigen!; überwiesen am 11/05/2006**

Die Vorlage an den Landrat betreffend die Vollkapitalisierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse, die Umstellung auf das Beitragsprimat, die Umwandlung in eine Sammeleinrichtung sowie die Anpassung an die neuen Regelungen des Bundesgesetzes wird im Februar 2012 in die Vernehmlassung gehen. Es ist vorgesehen, dass die Vorlage im Sommer an den Landrat verabschiedet wird.

**3.1.1.11 2005/114; Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. April 2005: Einführung einer generellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds; überwiesen am 08/06/2006**

Der mit dem Gesetz über den unverzüglichen Bau der H2 zwischen Pratteln und Liestal am 18. Mai 2006 beschlossene spezielle Strassenfonds für die H2 (Fonds 8310) ermöglicht es, Erfahrungen mit der zweckgebundenen Strassenfinanzierung zu sammeln. Allerdings stellt die Führung von zwei Strassenfonds gleichzeitig nebeneinander für den Regierungsrat keinen gangbaren Weg dar, und der H2-Fonds stellt auch kein Präjudiz für die Einführung eines generellen Strassenfonds dar. Ein genereller Strassenfonds, gespeisen aus zweckgebundenen Steuern, abgaben und Beiträgen, soll deshalb frühestens geprüft werden, wenn der spezielle Strassenfonds für die H2 ausläuft. Dies ist spätestens Ende 2016 der Fall.

**3.1.1.12 2006/097; Postulat der FDP-Fraktion vom 6. April 2006: Verbesserung und Vereinheitlichung des Personalmanagements beim Kanton; überwiesen am 01/02/2007**

Das Postulat wird im Verlauf des Jahres 2012 beantwortet.

**3.1.1.13 2006/320; Postulat von Patrick Schäfli vom 14. Dezember 2006: Mehr Mitbestimmung des Landrats bei öffentlich-rechtlichen Anstalten im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 19/04/2007**

Das Postulat wird in der Landratsvorlage zur Teilrevision des Gesetzes über die Organisation und die Geschäftsführung des Landrates (Landratsgesetz) und der Geschäftsordnung des Landrates zur Abschreibung beantragt. Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Quartal 2012 überwiesen.

**3.1.1.14 2007/069; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 22. März 2007: "Verkehrssteuer mit ökologischer Ausrichtung"; überwiesen am 18/10/2007**

Das Postulat wird mit der Totalrevision des Verkehrsabgabegesetzes beschrieben. Der Regierungsrat wird die Vorlage im 1. Quartal 2012 dem Landrat unterbreiten.



**3.1.1.15 2007/159; Postulat von Hans-Jürgen Ringenberg vom 21. Juni 2007: Klarere gesetzliche Vorgaben und Standards für die Zuweisung von Rückstellungen (Fondsbildung) in der Staatsrechnung; überwiesen am 13/03/2008**

Aus Ressourcengründen konnte das Anliegen des Postulats im vergangenen Jahr nicht überprüft werden. Im 2012 wird das Thema angegangen und das weitere Vorgehen bestimmt.

**3.1.1.16 2007/314; Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. Dezember 2007: Einheitliche und gezielte Finanzführung; überwiesen am 22/05/2008**

Aus Ressourcengründen konnte das Anliegen des Postulats im vergangenen Jahr nicht überprüft werden. Der Regierungsrat wird aber im 2012 eine Landratsvorlage zu diesem Postulat überweisen.

**3.1.1.17 2007/205; Postulat von Klaus Kirchmayr vom 6. September 2007: Erstellung eines Demographieberichts; überwiesen am 22/05/2008**

Der Regierungsrat verabschiedet den Bericht voraussichtlich im 1. Quartal 2012.

**3.1.1.18 2007/284; Postulat der SP-Fraktion vom 15. November 2007: Abgangsregelung für hauptamtliche RichterInnen; überwiesen am 22/05/2008**

Der Vorstoss wird zusammen mit der Totalrevision der Ruhegehaltsordnung für Mitglieder des Regierungsrates bearbeitet, die Mitte 2012 an den Landrat verabschiedet wird.

**3.1.1.19 2008/221; Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Zentrumsabgeltung an Basel-Stadt: Überprüfung der finanziellen Grundlagen; überwiesen am 11/12/2008**

Das Anliegen des Postulats wird im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 (2011/296) bearbeitet.

**3.1.1.20 2008/205; Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Für einen zeitgemässen Kündigungsschutz in der Verwaltung; überwiesen am 11/12/2008**

Die entsprechende Vorlage zur Änderung des Personalgesetzes war im Verlauf des Herbstes 2011 in der Vernehmlassung und wird im Verlauf des ersten Quartals 2012 an den Landrat überwiesen.

**3.1.1.21 2008/208; Postulat von Pia Fankhauser vom 11. September 2008: Förderung von Alterswohngemeinschaften; überwiesen am 07/05/2009**

Das Postulat konnte im vergangenen Jahr aus Ressourcengründen nicht beantwortet werden. Es ist aber geplant, den Bericht im 1. Semester 2012 zu verabschieden.

**3.1.1.22 2009/045; Postulat von Hanspeter Frey vom 19. Februar 2009: Euroairport; überwiesen am 07/05/2009**

Die Antwort des Regierungsrates wird im Verlauf des 1. Quartals 2012 an den Landrat überwiesen.

**3.1.1.23 2008/291; Postulat von Simon Trinkler vom 30. Oktober 2008: CO2-Kompensation als Teil der Motorfahrzeugsteuer; überwiesen am 28/05/2009**

Das Postulat wird mit der Totalrevision des Verkehrsabgabegesetzes abgeschrieben. Der Regierungsrat wird die Vorlage im 1. Quartal 2012 dem Landrat unterbreiten.

**3.1.1.24 2009/091; Postulat von Karl Willmann vom 26. März 2009: Sanierung der basellandschaftlichen Pensionskasse; überwiesen am 15/10/2009**

Die Vorlage an den Landrat betreffend die Vollkapitalisierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse, die Umstellung auf das Beitragsprimat, die Umwandlung in eine Sammeleinrichtung sowie die Anpassung an die neuen Regelungen des Bundesgesetzes wird im Februar 2012 in die Vernehmlassung gehen. Es ist vorgesehen, dass sie im Sommer an den Landrat überwiesen wird.

**3.1.1.25 2009/062; Postulat von Klaus Kirchmayr vom 12. März 2009: Lobbying für kantonale Anliegen beim Bund; überwiesen am 22/04/2010**

Das Anliegen wird im 2012 geprüft und das weitere Vorgehen bestimmt.

**3.1.1.26 2009/231; Postulat von Eva Chappuis vom 10. September 2009: Jungen Berufsleuten den Berufseinstieg ermöglichen; überwiesen am 11/11/2010**

Die Antwort des Regierungsrates wird im Verlauf des 1. Quartals 2012 an den Landrat überwiesen.

**3.1.1.27 2009/377; Postulat von Siro Imber vom 10. Dezember 2009: Personal für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit; überwiesen am 11/11/2010**

Das Postulat konnte im vergangenen Jahr aus Ressourcengründen nicht beantwortet werden. Der Bericht wird aber im 1. Quartal 2012 an den Landrat überwiesen.

**3.1.1.28 2010/070; Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. Februar 2010: Proaktives Management der Transfer-Finanzflüsse; überwiesen am 09/12/2010**

Das Anliegen wird im 2012 geprüft und das weitere Vorgehen bestimmt.

**3.1.1.29 2010/340; Postulat von Klaus Kirchmayr vom 14. Oktober 2010: Produktivitätskennzahlen in Rechnung und Budget des Kantons; überwiesen am 09/12/2010**

Das Anliegen wird im 2012 geprüft und das weitere Vorgehen bestimmt.

**3.1.1.30 2009/364; Postulat der FDP-Fraktion vom 9. Dezember 2009: Finanzpolitische Vorgaben für das Regierungsprogramm 2012 - 2015; überwiesen am 09/12/2010**

Das Postulat wird in der Vorlage betreffend Regierungsprogramm 2012 bis 2015 zur Abschreibung beantragt.

### 3.1.2 Motionen

#### 3.1.2.1 2006/007; Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: "Pauschale Budgetanträge"; *überwiesen am 11/05/2006*

Aus Ressourcengründen konnte das Anliegen der Motion im vergangenen Jahr nicht überprüft werden. Im 2012 wird das Thema angegangen und das weitere Vorgehen bestimmt.

#### 3.1.2.2 2007/270; Motion der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Senkung der Vermögenssteuer ist vordringlich; *überwiesen am 13/03/2008*

Die Motion soll mit der Vorlage zur wettbewerbsfähigen Anpassung des Vermögens- und Einkommenssteuertarifs abgeschrieben werden. Bevor diese Steuerreform aber umgesetzt werden kann, sind Inhalt und Wirkung des Entlastungspakets 12/15 abzuwarten. Erst danach kann über weitere Steuersenkungen diskutiert und eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt werden.

#### 3.1.2.3 2008/091; Motion von Madeleine Göschke vom 10. April 2008: Nachtflugsperrung auf dem EAP; *überwiesen am 22/05/2008*

Der Landrat hat es im September 2011 abgelehnt, die Motion abzuschreiben (Antrag des Regierungsrates mit Vorlage 2010/398). Das Anliegen der Motion wird nun weiter geprüft.

#### 3.1.2.4 2008/204; Motion der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Die guten Steuerzahler behalten - Die Steuersätze für hohe Einkommen senken; *überwiesen am 11/12/2008*

Die Motion soll mit der Vorlage zur wettbewerbsfähigen Anpassung des Vermögens- und Einkommenssteuertarifs abgeschrieben werden. Bevor diese Steuerreform aber umgesetzt werden kann, sind Inhalt und Wirkung des Entlastungspakets 12/15 abzuwarten. Erst danach kann über weitere Steuersenkungen diskutiert und eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt werden.

#### 3.1.2.5 2007/195; Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Änderung des Sachversicherungsgesetzes betreffend präventiven objektbezogenen Massnahmen gegen Hochwasserschäden; *überwiesen am 07/05/2009*

Der Vorstoss wird im Rahmen der Gesetzgebung über die Naturgefahrenkarten abgehandelt, die zusammen mit der BUD unter deren Federführung erarbeitet wird und die 2013 in die Vernehmlassung geschickt werden wird.

#### 3.1.2.6 2009/085; Motion von Isaac Reber vom 26. März 2009: Der Kanton als Vorbild - Einstieg Jugendlicher ins Erwerbsleben fördern; *überwiesen am 15/10/2009*

Die Motion soll im Rahmen der Erarbeitung der Personalstrategie des Kantons Basel-Landschaft resp. der daraus resultierenden Anpassung von § 6 des Personalgesetzes erfüllt werden. Diese soll im Verlauf des Jahres 2012 verabschiedet werden.

### 3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

#### 3.2.1 Postulate

##### 3.2.1.1 2005/224; Postulat von Karl Willmann vom 8. September 2005: Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Wald; *überwiesen am 08/06/2006*

Die Vorlage ist vorbereitet und wird im 1. Quartal 2012 dem Landrat unterbreitet.

##### 3.2.1.2 2007/064; Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2007: Bericht zur Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft; *überwiesen am 18/10/2007*

Die Beantwortung des Postulats erfolgt im 3. Quartal 2012 im Rahmen einer Vorlage zum Kantonalen Altersleitbild.

##### 3.2.1.3 2009/339; Postulat der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 26. November 2009: Universitäre Akutgeriatrie; *überwiesen am 26/11/2009*

Mit dem Postulat der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission des Landrates wurde der Regierungsrat beauftragt, die Verlegung der Universitären Akutgeriatrie an das geriatrische Kompetenzzentrum beider Basel auf dem Bruderholz zu prüfen und dem Landrat zu berichten. Die Fragestellung ist noch nicht abschliessend geklärt, daher ist eine Beantwortung erst im 2. Quartal 2012 möglich.

##### 3.2.1.4 2010/064; Postulat vom 9. Februar 2010: Petition von Swiss Cycling (Schweizerischer Radfahrer-Bund): Wanderwege für Mountaibiker; *überwiesen am 11/03/2010*

Die Beantwortung des Postulats erfolgt im 1. Quartal 2012.

##### 3.2.1.5 2010/015; Postulat von Felix Keller vom 14. Januar 2010: Ein Konzept für eine Nutzung von Wald und Flur; *überwiesen am 11/03/2010*

Die Beantwortung des Postulats erfolgt im 1. Quartal 2012.

##### 3.2.1.6 2009/084; Postulat von Madeleine Göschke vom 26. März 2009: Früherfassung von Brustkrebs bei Frauen ab 50; *überwiesen am 25/03/2010*

Eine Landratsvorlage ist vorbereitet. Zurzeit laufen Abklärungen mit Basel-Stadt, ob eine gemeinsame Organisation von Nutzen wäre, falls der Landrat einen konkreten Planungsauftrag erteilt.

#### 3.2.2 Motionen

##### 3.2.2.1 2006/265; Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Umsetzung der kantonalen Koordinationspflichten im Bereich Betreuung und Pflege im Alter; *überwiesen am 19/04/2007*

Der Regierungsrat hat im Jahre 2011 seine mit dem Projekt 64+ im Jahr 2009 begonnene strategische Neuausrichtung im Altersbereich weitergeführt. So wurde per 1. August 2011 die Abteilung Alter und Gesundheit

im Generalsekretariat der VGD neu geschaffen. In dieser Abteilung werden die im Rahmen des Projekts 64+ übernommenen Kantonalen Koordinationspflichten (§3, GeBPA vom 20. Oktober 2005) weitergeführt und wo nötig, in Absprache mit den Gemeinden, neu definiert. Den Themen "Wohnen im Alter" sowie "Dienstleistung und Pflege im Alter" wird im Rahmen der Erstellung eines Kantonalen Altersleitbildes besondere Beachtung geschenkt. Mit der Vorlage zum Kantonalen Altersleitbild ist im 3. Quartal 2012 zu rechnen.

-----

### 3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

#### 3.3.1 Postulate

##### 3.3.1.1 1989/024; Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB; *überwiesen am 03/05/1993*

Die geforderte Tramführung kann nur in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt erfolgen. Ein erster Versuch einer „Reform des Tramnetzes“ scheiterte 2009. Seit November 2010 ist eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines neuen Vorschlags betraut. Die Ergebnisse werden im Frühling 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt. Anschliessend wird das Postulat beantwortet.

##### 3.3.1.2 1998/093; Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam; *überwiesen am 26/11/1998*

Eine Überprüfung der Strukturen wird in den nächsten Jahren durch die zuständigen Gremien des TNW gemeinsam mit den Kantonen durchgeführt. Ergebnisse sind nicht vor 2013 zu erwarten.

##### 3.3.1.3 2003/194; Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie); *überwiesen am 22/01/2004*

Die geforderte Tramführung kann nur in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt erfolgen. Ein erster Versuch einer „Reform des Tramnetzes“ scheiterte 2009. Seit November 2010 ist eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines neuen Vorschlags betraut. Die Ergebnisse werden im Frühling 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt. Anschliessend wird dieser Vorstoss beantwortet.

##### 3.3.1.4 2005/045; Postulat der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Aufhebung der Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Liestal nach Waldenburg eventuell Langenbruck; *überwiesen am 26/01/2006*

Es ist vorgesehen, die Landratsvorlage bis Ende Januar 2012 dem Landrat vorzulegen.

##### 3.3.1.5 2005/101; Postulat von Jürg Degen vom 7. April 2005: Tarifverbund TriRegio; *überwiesen am 26/01/2006*

Eine Überprüfung der Strukturen wird in den nächsten Jahren durch die zuständigen Gremien des TNW gemeinsam mit den Kantonen durchgeführt. Ergebnisse sind nicht vor 2013 zu erwarten.

##### 3.3.1.6 2007/088; Postulat von Martin Rüegg vom 19. April 2007: Bruderholzspital mit Minerogie-P-Standard; *überwiesen am 29/11/2007*

Die Umsetzung der Anliegen wird im Rahmen der Baukreditvorlage Kantonsspital Bruderholz, Sanierung und Erweiterung erfolgen und dort in konkreten Schritten dargelegt. Die Baukreditvorlage war für das 1. Semester 2011 geplant. Unter der operativen Leitung des Hochbauamts wurde im Sommer 2010 das Vorprojekt abgeschlossen. Im September 2010 hat der Steuerungsausschuss eine generelle Bedarfsüberprüfung beschlossen. Die Federführung der Überprüfung liegt neu im Zuständigkeitsbereich der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion.

Das Spitalgesetz kommt am 11.03.2012 zur Abstimmung. Wenn das Volk die Vorlage annimmt, ist der Vorstoss nicht mehr im Zuständigkeitsbereich der BUD.

##### 3.3.1.7 2007/049; Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. März 2007: Behindertentransport in den öffentlichen Verkehr (ÖV) integrieren; *überwiesen am 24/01/2008*

Die Umsetzung des Anliegens soll im Rahmen einer Gesamtrevision des öV-Gesetzes erfolgen. Diese konnte 2011 nicht abgeschlossen werden. Die Erarbeitung der Vorlage hat unterdessen begonnen und soll möglichst rasch der Vernehmlassung zugeführt werden.

##### 3.3.1.8 2007/166; Postulat von Isaac Reber vom 21. Juni 2007: Weiterentwicklung Tarifverbund Nordwestschweiz zu einem Verkehrsverbund; *überwiesen am 24/04/2008*

Eine Überprüfung der Strukturen wird in den nächsten Jahren durch die zuständigen Gremien des TNW gemeinsam mit den Kantonen durchgeführt. Ergebnisse sind nicht vor 2013 zu erwarten.

##### 3.3.1.9 2007/233; Postulat von Siro Imber vom 20. September 2007: Bessere Umsteige Verbindung an der Tramhaltestelle Brausebad für Allschwil und Schönenbuch; *überwiesen am 24/04/2008*

Seit November 2010 ist eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines neuen Tramnetzes betraut. Die Ergebnisse werden im Frühling 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt. Anschliessend wird dieser Vorstoss beantwortet.

##### 3.3.1.10 2007/249; Postulat von Eric Nussbaumer vom 18. Oktober 2007: Öffentlicher Nahverkehr im unteren Kantonsteil bis 2030; *überwiesen am 24/04/2008*

Die geforderte umfassende Überprüfung der OeV-Verbindungen im unteren Kantonsteil wird im Rahmen der Entwicklungsplanung Leimental - Birseck - Allschwil (ELBA) vorgenommen. Gleichzeitig wird 2012 auf Bundesebene die Vorlage „Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)“ beraten, welche einen grossen Einfluss auf die Möglichkeiten zur Verbesserung der Bahnverbindungen hat. Nach Vorliegen dieser Arbeiten kann mit der Beantwortung dieses Postulats gerechnet werden.

**3.3.1.11 2007/254; Postulat von Klaus Kirchmayr vom 18. Oktober 2007: Veloverbindungen Reinach - Arlesheim / Dornach; überwiesen am 22/05/2008**

Im Rahmen der erfolgten Schwachstellenanalyse bzgl. Radrouten über den ganzen Kanton wurde Dornachbrugg als Schwachstelle anerkannt. Einfache Sofortmassnahmen sind aber nicht möglich, da die 'normalen' Massnahmen wie Velostreifen zwischen den 2 Kreiseln bestehen.

Im Gespräch mit der Gemeinde Reinach hat sich gezeigt, dass es im kommunalen Radwegnetz eine Lücke vom Gewerbegebiet Kägen ins Gebiet Dornachbrugg bzw. bis zum Bahnhof Dornach - Arlesheim gibt.

Es ist nun vorgesehen, unter Federführung der Gemeinde Reinach eine Machbarkeitsstudie für eine neue Veloverbindung aus dem Gebiet Kägen zum Bahnhof Arlesheim - Dornach zu starten. Die Verbindung erfordert voraussichtlich neue Brücken über die H18 und die Birs.

Diese neue Verbindung wird als Massnahme ins Agglomerationsprogramm 2. Gen. in die A-Liste (Realisierung 2015 - 2018) aufgenommen.

Ins Agglomerationsprogramm 2. Gen.; Liste A soll ebenfalls eine neue OeV-Achse Reinach - Bahnhof Arlesheim - Dornach aufgenommen werden. Eine neue Veloverbindung könnte evtl. im Zusammenhang mit dieser Achse realisiert werden. Die verbindlichen Landratsbeschlüsse für diese Vorhaben werden frühestens 2014 vorliegen.

**3.3.1.12 2008/172; Postulat von Urs Hess vom 19. Juni 2008: Minergie ohne Nutzungsverlust; überwiesen am 16/10/2008**

Dieser Vorstoss bedingt eine gesetzliche Grundlage durch eine Änderung des kantonalen Energiegesetzes aus dem Jahr 1991. Dieses kantonale Gesetz muss zudem durch die geänderten energiepolitischen Rahmenbedingungen auf Eidg. Ebene und durch die Anpassung der Energiestrategie des Regierungsrates für die Energiepolitik des Kantons Basel-Landschaft vom 8. April 2008 im 2. Quartal 2012 teilrevidiert werden. Eine Inkraftsetzung ist frühestens per 01.01.2013 geplant. Deshalb wird eine LR Vorlage zur Teilrevision des kant. Energiegesetzes Ende 2012 vorliegen.

**3.3.1.13 2008/028; Postulat von Siro Imber vom 24. Januar 2008: S-Bahn-Haltestelle Basel Morgartenring/Allschwil; überwiesen am 13/11/2008**

Im Rahmen der weiteren Arbeiten zum Basler Innentadtunnel (Herzstück) wird auch der Ausbau der Elsässerbahn vertieft geprüft. 2011 wurden die Untersuchungen bezüglich der technischen Realisierbarkeit der Haltestelle Morgartenring durchgeführt. Allerdings kann diese Haltestelle auch bei einem positiven Bescheid zur technischen Umsetzung ihre Wirkung erst entfalten, wenn eine Einbindung der Strecke Mulhouse – Basel in die Regio-S-Bahn Basel erfolgt ist. Dazu muss sowohl ein gemeinsames Betriebskonzept entwickelt werden als auch entsprechende Fahrzeuge beschafft werden.

**3.3.1.14 2008/278; Postulat von Esther Maag vom 30. Oktober 2008: Ersatz von Elektro-Widerstandsheizungen; überwiesen am 14/05/2009**

Dieser Vorstoss bedingt eine gesetzliche Grundlage durch eine Änderung des kantonalen Energiegesetzes aus dem Jahr 1991. Dieses kantonale Gesetz muss zudem durch die geänderten energiepolitischen Rahmenbedingungen auf eidg. Ebene und durch die Anpassung der Energiestrategie des Regierungsrates für die Energiepolitik des Kantons Basel-Landschaft vom 8. April 2008 im 2. Quartal 2012 teilrevidiert werden. Eine Inkraftsetzung ist frühestens per 01.01.2013 geplant. Deshalb wird eine LR Vorlage zur Teilrevision des kant. Energiegesetzes Ende 2012 vorliegen.

**3.3.1.15 2008/304; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 13. November 2008: Direkte Busverbindung zwischen Bruderholzspital und Bahnhof Basel SBB und Tramanschluss für das Bruderholzspital; überwiesen am 28/05/2009**

Seit November 2010 ist eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines neuen Tramnetzes betraut. Die Ergebnisse werden im Frühling 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt. Anschliessend wird dieser Vorstoss beantwortet.

**3.3.1.15 2008/280; Postulat von Philipp Schoch vom 30. Oktober 2008: Wärmekraftkopplungsanlagen bei neuen Grossheizungen; überwiesen am 28/05/2009**

Dieser Vorstoss bedingt eine gesetzliche Grundlage durch eine Änderung des kantonalen Energiegesetzes aus dem Jahr 1991. Dieses kantonale Gesetz muss zudem durch die geänderten energiepolitischen Rahmenbedingungen auf eidg. Ebene und durch die Anpassung der Energiestrategie des Regierungsrates für die Energiepolitik des Kantons Basel-Landschaft vom 8. April 2008 im 2. Quartal 2012 teilrevidiert werden. Eine Inkraftsetzung ist frühestens per 01.01.2013 geplant. Deshalb wird eine LR Vorlage zur Teilrevision des kant. Energiegesetzes Ende 2012 vorliegen.

**3.3.1.16 2008/331; Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Dezember 2008: Rückbau Wasgenring / Luzernerring Basel-Stadt; überwiesen am 29/10/2009**

Das modifizierte Postulat (Realisierung Zubringer Allschwil; Machbarkeit etc.) wird im Rahmen der Entwicklungsplanung Leimental - Birseck - Allschwil (ELBA) bearbeitet. Die entsprechende Testplanung wird bis Herbst 2012 abgeschlossen. Die eigentliche Landratsvorlage ELBA wird aber voraussichtlich erst Ende 2014 vorliegen.

**3.3.1.17 2009/111; Postulat von Elisabeth Schneider vom 23. April 2009: Bessere ÖV-Erschliessung von Allschwil; überwiesen am 22/04/2010**

Die gewünschte OeV-Strategie für Allschwil ist in Arbeit und wird teilweise bereits im Rahmen des 7. Generellen Leistungsauftrags 2014-2017 vorgelegt.

**3.3.1.18 2009/113; Postulat von Hanspeter Wullschlegler vom 23. April 2009: Optimierung des Busliniennetzes Sissach - Rheinfelden; überwiesen am 22/04/2010**

Das Anliegen wird im Rahmen der Erarbeitung des 7. Generellen Leistungsauftrags 2014-2017 geprüft und behandelt.

**3.3.1.19 2009/046; Postulat von Dieter Schenk vom 19. Februar 2009: Mehr Transparenz bei der Fahrplangestaltung; überwiesen am 22/04/2010**

Das jährliche Fahrplanverfahren richtet sich nach den vom Bund vorgesehenen Verfahren. Darüber hinaus informiert der Kanton Basel-Landschaft alle Gemeinden und Schulen vor der Publikation der Fahrplänenentwürfe gezielt und verlängert die vom Bund vorgesehenen Fristen um zwei Wochen um eine eingehende Beschäftigung mit den Entwürfen zu ermöglichen. Insgesamt gehen jährlich zwischen 200 und 500 Änderungsanträge im Rahmen des ordentlichen Verfahrens ein. Jede Eingabe wird mit den Transportunternehmen besprochen und anschliessend eine Antwort verfasst.

Auch im Rahmen der Erarbeitung der Generellen Leistungsaufträge wird eine breite öffentliche Mitwirkung ermöglicht. Die Gemeinden werden dabei an mehreren Verkehrskonferenzen gezielt informiert und zur Stellungnahme aufgefordert.

Die Mitwirkungsmöglichkeiten von Gemeinden und Bevölkerung sind im Kanton Basel-Landschaft schon jetzt grösser als in anderen Kantonen. Ein Bericht zur Situation wird 2012 zuhanden des Landrats verfasst.

**3.3.1.20 2008/038; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 21. Februar 2008: Weiterführung der Pendler- und Ausflugslinie der BLT, Linie 70 vom Aeschenplatz zum Bahnhof Basel SBB; überwiesen am 13/11/2008**

Dieses stehen gelassene Postulat kann derzeit aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens zwischen dem Aeschen- und Centralbahnplatz nicht erfüllt werden. Die Verschiebung der Haltestelle der Linien 80 und 81 vor die Migrosbank am Aeschenplatz hat sich hingegen bewährt und wird beibehalten. Es bestehen somit bequeme Umsteigeverbindungen ab dem Aeschenplatz in Richtung Bahnhof.

**3.3.1.21 2008/283; Postulat von Christoph Frommherz vom 30. Oktober 2008: Strom in der Verwaltung zu 100% aus erneuerbaren Energien; überwiesen am 28/05/2009**

In Anlehnung an die Eidg. energiepolitischen Entwicklung mit einem geplanten Atomausstieg und parallel zu der Anpassung der Energiestrategie des RR soll eine rasche Lösung angestrebt werden. Eine Landratsvorlage wird im 1. Quartal 2012 erstellt werden.

**3.3.1.22 2009/153; Postulat von Sarah Martin vom 28. Mai 2009: Verbessertes Angebot am ÖV-Knotenpunkt Gelterkinden; überwiesen am 17/06/2010**

Das Anliegen wird im Rahmen der Erarbeitung des 7. Generellen Leistungsauftrags 2014-2017 geprüft und behandelt.

**3.3.1.23 2009/306; Postulat von Claudio Wyss vom 29. Oktober 2009: Fördermassnahmen Oekostrom; überwiesen am 09/09/2010**

Die neuesten energiepolitischen Entwicklungen auf Eidg. Ebene mit dem angekündigten Ausstieg aus der Kernenergie sowie die jüngsten strategischen Entwicklungen bei den regionalen Energieversorgern mussten abgewartet werden. Eine LR Vorlage wird deshalb im 1. Quartal 2012 an den Landrat eingereicht.

**3.3.1.24 2008/206; Postulat von Thomas de Courten vom 11. September 2008: Bioabfälle effizient verwerten; überwiesen am 14/05/2009**

Die neuesten energiepolitischen Entwicklungen auf Eidg. Ebene mit dem angekündigten Ausstieg aus der Kernenergie, und die Anpassung der Energiestrategie des RR müssen abgewartet werden. Eine LR Vorlage mit der geforderten Änderung des kantonalen Umweltschutzgesetzes wird deshalb im 2. Quartal 2012 an den Landrat eingereicht.

**3.3.1.25 2009/260; Postulat von Marianne Hollinger vom 24. September 2009: Kantonsstrassen mit Durchgangsverkehr sollen innerorts attraktiver werden!; überwiesen am 11/11/2010**

In einem ersten Schritt werden die internen Richtlinien bzgl. der Strassenbreiten überprüft d.h. welche Begegnungsfälle von Fahrzeugen mit welchen Geschwindigkeiten auf welchen Strassentypen massgebend sind. Diese Überprüfung erfolgt in Abstimmung mit der Bearbeitung des Postulates 2010/403 (Temporeduktion in Ortszentren) durch die SID. Weiter müssen die Grundsätze bzgl. Querungen (Fussgängerstreifen ja / nein), der Längsführung der Fussgänger (Trottoir ja / nein) etc. überprüft und bearbeitet werden. Dabei sind immer die Anforderungen des BeHiG zu beachten. Nach Abschluss dieser Überprüfung werden die gestalterischen Aspekte bearbeitet.

Eine abschliessende Landratsvorlage ist frühestens per Ende 2013 zu erwarten.

**3.3.1.26 2009/301; Postulat der SP-Fraktion vom 29. Oktober 2009: Erschliessung des Bruderholz-Spitals mit dem Tram; überwiesen am 11/11/2010**

Seit November 2010 ist eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines neuen Tramnetzes betraut. Die Ergebnisse werden im Frühling 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt. Anschliessend wird dieser Vorstoss beantwortet.

**3.3.1.27 2010/023; Postulat der Grünen-Fraktion vom 14. Januar 2010: Regio S-Bahn: Neuer Wendebahnhof Basel St. Johann und zusätzliche Haltestelle am Morgartenring; überwiesen am 11/11/2010**

Der Bund wird 2012 die Vorlage „Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)“ vorlegen. Auf welchen Abschnitten der Regio-S-Bahn Basel eine Taktverdichtung möglich wird, kann erst nach der Beratung der Vorlage gesagt werden. Anschliessend ist auch ein neuer Bericht zur Ausgestaltung der Regio-S-Bahn Basel zuhanden des Landrats vorgesehen.

**3.3.1.28 2010/012; Postulat von Josua M. Studer vom 14. Januar 2010: Verlängerung und Verknüpfung der Tramlinie 8 mit der Tramlinie 6; überwiesen am 11/11/2010**

Seit November 2010 ist eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines neuen Tramnetzes betraut. Die Ergebnisse werden im Frühling 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt. Anschliessend wird dieser Vorstoss beantwortet.

**3.3.1.29 2009/261; Postulat von Petra Schmidt vom 24. September 2009: Rechtsgrundlage Bauinventar BL; überwiesen am 11/11/2010**

Die Beantwortung ist in Vorbereitung und wird bis im 4. Quartal 2012 vorliegen.

**3.3.1.30 2009/279; Postulat von Felix Keller vom 15. Oktober 2009: Realisierung "Zubringer Allschwil" an die Nordtangente; überwiesen am 11/11/2010**

Das Postulat (Realisierung Anschluss Allschwil an die Nordtangente) wird im Rahmen der Entwicklungsplanung Leimental - Birseck - Allschwil (ELBA) bearbeitet. Die entsprechende Testplanung wird bis Herbst 2012 abgeschlossen. Eine allfällige Vorstellung beim RR BS, um eine Aufnahme in den Richtplan BS zu erwirken, ist erst nach Vorliegen der Resultate von ELBA opportun und sinnvoll. Die eigentliche Landratsvorlage ELBA wird aber voraussichtlich erst Ende 2014 vorliegen.

**3.3.1.31 2010/127; Postulat von Elisabeth Augstburger vom 25. März 2010: Bewilligungspflicht Velounterständler; überwiesen am 25/11/2010**

Aus Effizienzgründen wird das Postulat in einer gemeinsamen Vorlage mit dem Postulat 2008/254 behandelt, welches bereits mit LRV 2011/220 an die BPK überwiesen wurde. Gemäss Sitzung vom 24.11.2011 wurde zu dieser Vorlage 2011/220 ausstellen beschlossen, da die entsprechende Verordnungsänderung zu prüfen ist. Die Beantwortung wird voraussichtlich noch im 1. Quartal 2012 erfolgen.

**3.3.1.32 2010/095; Postulat von Christine Koch vom 11. März 2010: Neue S - Bahn - Verbindung Birstal - St.Johann; überwiesen am 25/11/2010**

Der Bund wird 2012 die Vorlage „Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)“ vorlegen. Auf welchen Abschnitten der Regio-S-Bahn Basel eine Taktverdichtung möglich wird, kann erst nach der Beratung der Vorlage gesagt werden. Anschliessend ist auch ein neuer Bericht zur Ausgestaltung der Regio-S-Bahn Basel zuhanden des Landrats vorgesehen.

### 3.3.2 Motionen

**3.3.2.1 1998/192; Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Jura-durchstich zum Durchbruch verhelfen; überwiesen am 04/03/1999**

Der Bundesrat wird im ersten Quartal 2012 die Botschaft "Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)" vorstellen. Der Regierungsrat BL wird sich im Rahmen der Beratungen für eine möglichst hohe Priorisierung des Projekts im Rahmen dieser Vorlage einsetzen.

Er unterstützt auch weiterhin das Komitee "Pro Wisenberg".

**3.3.2.2 2007/198; Motion von Philipp Schoch vom 6. September 2007: Förderung von Windenergie im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 01/11/2007**

Eine Standortevaluation ist zur Zeit noch in Bearbeitung. Voraussichtlicher liegt bis im 4. Quartal 2012 ein Entwurf der entsprechenden Landratsvorlage Richtplananpassung vor.

**3.3.2.3 2006/246; Motion von Isaac Reber vom 19. Oktober 2006: Solaranlagen aufs Dach - auch in Kernzonen!; überwiesen am 01/11/2007**

Gemäss Landratsbeschluss vom 15.12.2011 wurde zur LRV 2011/176 Sistierung beschlossen bis das Ergebnis der Teilrevision des Eidg. Raumplanungsgesetzes bekannt ist.

**3.3.2.4 2007/226; Motion der Umwelt- und Energiekommission vom 20. September 2007: Minergie / Minergie-P darf keinen Nachteil bei der Baunutzung ergeben; überwiesen am 01/11/2007**

Dieser Vorstoss bedingt eine gesetzliche Grundlage durch eine Änderung des kantonalen Energiegesetzes aus dem Jahr 1991. Dieses kantonale Gesetz muss zudem durch die geänderten energiepolitischen Rahmenbedingungen auf Eidg. Ebene und durch die Anpassung der Energiestrategie des Regierungsrates für die Energiepolitik des Kantons Basel-Landschaft vom 8. April 2008 im 2. Quartal 2012 teilrevidiert werden. Eine Inkraftsetzung ist frühestens per 01.01.2013 geplant. Deshalb wird eine LR Vorlage zur Teilrevision des kant. Energiegesetzes Ende 2012 vorliegen.

**3.3.2.5 2007/063; Motion von Paul Jordi vom 22. März 2007: Solarenergie im Baugesetz fördern statt verhindern; überwiesen am 01/11/2007**

Gemäss Landratsbeschluss vom 15.12.2011 wurde zur LRV 2011/176 Sistierung beschlossen bis das Ergebnis der Teilrevision des Eidg. Raumplanungsgesetzes bekannt ist.

**3.3.2.6 2007/194; Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Rasche lokale Verkehrslösungen statt Planungsgleichen; überwiesen am 15/11/2007**

Die Forderungen der Motion sind alle in Bearbeitung:

1. Konzept Verkehrsströme: Wird im Rahmen der Entwicklungsplanung Leimental - Birseck - Allschwil (ELBA) erstellt, in der bis Herbst 2012 die Testplanung abgeschlossen wird.
2. Lokale Verkehrslösungen: "Allschwil" und "Arbeitsplatzgebiet Kägen Reinach" werden im Rahmen von ELBA bearbeitet. 'Leimental': für die direkte Anbindung an den Bahnhof SBB wurde das Vorprojekt gestartet (in Aggloprogramm 2011-14 enthalten; Beschluss Projektierungskredit ist am 28.10.10 erfolgt. Bzgl Kapazitätsausbau der Linien 10/17 wurde per 11. Dez. der 7.5 Min. Takt bis Ettingen eingeführt. Der Doppelspurausbau Ettingen - Flüh ist ab 2013 vorgesehen (genehmigtes Projekt liegt vor; LRV für Kredit folgt 2012).

Für den Doppelspurausbau Spiesshöfli wird 2012 ein vereinfachtes Vorprojekt erstellt und anschliessend die LRV für den notwendigen Kredit erarbeitet; LRB bis 2013 vorgesehen.

“Vollanschluss Aesch”: Das Bauprojekt liegt im Entwurf vor; die öffentliche Auflage ist im Sommer 2012 vorgesehen. Die verlangten Verkehrslösungen sind alle in Bearbeitung und einzelne Landratsbeschlüsse sind bereits erfolgt - die Forderungen der Motion werden also grundsätzlich erfüllt.

Die eigentliche Landratsvorlage ELBA wird aber voraussichtlich erst Ende 2014 vorliegen.

### **3.3.2.7 2007/248; Motion von Hannes Schweizer vom 18. Oktober 2007: Windkraftanlagen auch in Schutzgebieten!; überwiesen am 22/05/2008**

Eine Standortevaluation in Bearbeitung. Voraussichtlich liegt der Entwurf der Landratsvorlage Richtplananpassung im 4. Quartal 2012 vor.

### **3.3.2.8 2008/106; Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 24. April 2008: Masterplan Verkehr für den Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 13/11/2008**

Die Landratsvorlage wurde Mitte August 2011 in eine verwaltungsinterne Vernehmlassung gegeben. Es stellte sich dabei heraus, dass im Rahmen der Priorisierung der Vorhaben für das Budget 2012 und den Finanzplan 2013 - 2015 durch den Regierungsrat, das Geschäft nicht priorisiert und daher auch nicht als prioritär zu realisierendes Vorhaben eingestuft wurde.

Aufgrund dieses Sachverhaltes wird nun angestrebt, die Vorlage im Jahre 2012 für das Budget und den Finanzplan 2013 zu priorisieren. Ein entsprechend modifizierter Regierungsratsbeschluss mit Landratsvorlage sollte dazu bis Mitte Februar 2012 vorliegen.

### **3.3.2.9 2009/126; Motion der Petitionskommission vom 7. Mai 2009: Direkte Busverbindung vom Bruderholzspital zum Bahnhof SBB; überwiesen am 28/05/2009**

Das Anliegen wird im Rahmen des 7. Generellen Leistungsauftrags 2014-2017 und dem Neubau des Bruderholzspitals geprüft.

-----

## **3.4 Sicherheitsdirektion**

### **3.4.1 Postulate**

#### **3.4.1.1 2005/232; Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in beiden Basel; überwiesen am 16/02/2006**

Es liegt ein Vorschlag vor, wonach auf dem Areal der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) in Münchenstein eine Aussenstelle der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in Form von Bürocontainern errichtet werden soll, welche die administrativen Dienstleistungen wie Führer- und Fahrzeugausweise anbietet. Dieser Vorschlag wird im 2012 auf die Realisierbarkeit hin überprüft.

#### **3.4.1.2 2006/017; Postulat von Madeleine Gösche vom 12. Januar 2006: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt; überwiesen am 18/05/2006**

Die Arbeitsgruppe hat einen Gesamtbericht fertiggestellt. Dieser wurde jedoch noch nicht dem Regierungsrat unterbreitet, da sich Veränderungen abzeichneten, welche neue Rahmenbedingungen im Projekt REOPEZ darstellten. Zu diesen gehören die Verselbständigung der Spitäler und somit der Rettungssanität Liestal, die Aufgabenteilung in der Verkehrslenkung zwischen Bund und Kantonen sowie die festgestellte ungenügende Erdbebensicherheit des Gebäudes Gutschmatte. Aus diesem Grunde fanden im Jahre 2011 keine wesentlichen Aktivitäten im Projekt statt.

Da das Projekt erhebliche Investitions- und Folgekosten generiert, muss es inhaltlich und zeitlich nochmals auf seine Realisierbarkeit überprüft werden. Insbesondere stellt sich auch die Frage, an welchem Standort die gemeinsame Einsatzzentrale realisiert werden könnte.

#### **3.4.1.3 2006/049; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Bildet eine Sicherheitsdirektion; überwiesen am 18/05/2006**

Bei diesem sehr vielschichtigen Vorhaben sind in einem ersten Schritt die Modelle für die Zusammenführung der Sicherheitsdienste in dieselbe Direktion zu prüfen und zu evaluieren. Die Ergebnisse werden in einem Bericht dargestellt, der voraussichtlich Ende 2013 vorliegen wird.

#### **3.4.1.4 2006/151; Postulat von Daniela Gaugler vom 8. Juni 2006: Temporeduktion und Fussgängerstreifen Neuhof; überwiesen am 08/06/2006**

Das Bauprojekt "Bahnübergang Neuhofstrasse" wurde im Sommer 2011 dem Bundesamt für Verkehr für das ordentliche Plangenehmigungsverfahren eingereicht. Mit dem Bau ist frühestens ab 3. Quartal 2012 zu rechnen. Beide Eigentümer der angrenzenden Höfe sind mit dem Projekt einverstanden, das Land konnte freihändig mittels Kaufrechtsvertrag gesichert werden.

Nach der Erstellung des Bahnübergangs wird die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 60 km/h herabgesetzt.

#### **3.4.1.5 2006/171; Postulat von Patrick Schäfli vom 22. Juni 2006: Motorfahrzeugprüfungen: Vereinbarung BL/BS muss verbessert werden!; überwiesen am 25/09/2008**

Die Beantwortung des Postulats erfolgt im 2. Semester 2012.

#### **3.4.1.6 2008/012; Postulat von Elisabeth Schneider vom 10. Januar 2008: Verrechnung gemeindepolizeilicher Tätigkeiten durch die Kantonspolizei; überwiesen am 30/10/2008**

Wird im Rahmen der Teilrevision des Polizeigesetzes behandelt, die im 1. Semester 2012 dem Landrat überwiesen wird.

**3.4.1.7 2008/155; Postulat von Daniel Münger vom 5. Juni 2008: Auslegeordnung - familienfreundliche Wirtschaftsregion Nordwestschweiz; überwiesen am 27/11/2008**

Gestützt auf den Familienbericht wird die Vorlage dem Landrat im 1. Semester 2012 überwiesen.

**3.4.1.8 2009/115; Postulat von Elisabeth Augstburger vom 23. April 2009: Femmes Tische, ein Engagement für Familien im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 28/01/2010**

Die Vorlage wird dem Landrat im 1. Quartal 2012 überwiesen.

**3.4.1.9 2009/035; Postulat von Georges Thüring vom 19. Februar 2009: Keine Abschaffung der Gemeindepolizei!; überwiesen am 28/01/2010**

Wird im Rahmen der Teilrevision des Polizeigesetzes behandelt, die im 1. Semester 2012 dem Landrat überwiesen wird.

**3.4.1.10 2010/082; Postulat von PLK vom 11. Februar 2010: Prüfung der Frage des Teil- oder Vollamtes für die Richterinnen und Richter am Kantonsgericht Basel-Landschaft sowie für die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten an den erstinstanzlichen Gerichten des Kantons Basel-Landschaft; überwiesen am 15/04/2010**

Die Vorlage wird dem Landrat im 2. Semester 2012 überwiesen.

**3.4.1.11 2009/151; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 28. Mai 2009: Stellenprozentuale Auswirkungen der Aufsichtsfunktion des Regierungsrates über die künftige Staatsanwaltschaft; überwiesen am 20/05/2010**

Wird im Rahmen der Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes behandelt, die im 1. Quartal 2012 dem Landrat überwiesen wird.

**3.4.1.12 2010/251; Postulat von Karl Willmann vom 24. Juni 2010: Taten statt Warten: Einsparungen beim Kantonsgericht jetzt umsetzen!; überwiesen am 28/10/2010**

Wird im Rahmen der Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes behandelt, die im 1. Quartal 2012 dem Landrat überwiesen wird.

**3.4.2 Motionen**

**3.4.2.1 2005/160; Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung vom 9. Juni 2005: Änderung des Landratsgesetzes; überwiesen am 01/12/2005**

Die Landratsvorlage betreffend Teilrevision des Landratsgesetzes wird im 1. Quartal 2012 überwiesen.

**3.4.2.2 2006/311; Motion von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2006: Umgang mit Interpellationen; überwiesen am 19/04/2007**

Wird im Rahmen der Teilrevision des Landratsgesetzes behandelt und abgeschrieben.

**3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion**

**3.5.1 Postulate**

**3.5.1.1 2002/283; Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen; überwiesen am 08/05/2003**

Die Finanzierung der Platzierung in Pflegefamilien wurde mit der Vorlage 2005/150 erfüllt. Die Frage der Finanzierung der familienbegleitenden Hilfsangebote wird inhaltlich im Rahmen des Projektes Konzept Jugendhilfe Basel-Landschaft behandelt (Regierungsprogramm 2008-2011, 6.05.03). Die zuständige Arbeitsgruppe hat auf der Basis der Ergebnisse der Konsultation vom Frühjahr 2011 einen zweiten Bericht erstellt, welcher elf Handlungsempfehlungen enthält. Der Regierungsrat wird das weitere Vorgehen im 2012 beschliessen. Drei der Handlungsempfehlungen zielen auf die Erfüllung dieses Postulates: Erstens soll die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion eine Vorlage für die Änderung der Bestimmungen über die Jugendhilfe im Gesetz über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (SGS 850) ausarbeiten, die eine Gleichstellung definierter Leistungen der ambulanten Jugendhilfe durch anerkannte Anbieter mit derjenigen der stationären Jugendhilfe vorsieht. Zweitens soll als Grundlage für die gesetzliche Verankerung ein Leistungskatalog für Angebote der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe vorgelegt werden. Drittens soll die Finanz- und Kirchendirektion im Rahmen der Gespräche mit den Gemeinden grundlegende Fragen zur Tragung der Kosten der Kinder- und Jugendhilfe im Zusammenhang mit der Kostenentwicklung und Finanzierung im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich behandeln. Die entsprechende Gesetzesänderung soll dem Landrat bis Ende 2013 unterbreitet und gleichzeitig die Abschreibung des Postulates in Aussicht genommen werden.

**3.5.1.2 2004/245; Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Uebertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 04); überwiesen am 25/11/2004**

Der Bericht zur Standortbestimmung über die Schülerinnen- und Schülerbeurteilung an der Volksschule (VO BBZ) und zum Postulat wurde vom Landrat am 23. Juni 2011 (LRV 2011/057) zur Kenntnis genommen. Der Landrat hat die Abschreibung des Vorstosses abgelehnt. Im Zuge der Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft wird die Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt (VO BBZ) vom 9. November 2004 in interkantonalen Absprache revidiert. Das Postulat wird in diesem Rahmen bearbeitet und auf der Grundlage des Ergebnisses dessen Abschreibung in Aussicht genommen.

**3.5.1.3 2005/144; Postulat von Dieter Völlmin vom 26. Mai 2005: Wiedereinführung des Semesterzeugnis an den Primarschulen; überwiesen am 23/03/2006**

Der Bericht zur Standortbestimmung über die Schülerinnen- und Schülerbeurteilung an der Volksschule (VO

-----



BBZ) und zum Postulat wurde vom Landrat am 23. Juni 2011 (LRV 2011/057) zur Kenntnis genommen. Der Landrat hat die Abschreibung des Vorstosses abgelehnt. Im Zuge der Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft wird die Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt (VO BBZ) vom 9. November 2004 in interkantonalen Absprache revidiert. Das Postulat wird in diesem Rahmen bearbeitet und auf der Grundlage des Ergebnisses dessen Abschreibung in Aussicht genommen.

**3.5.1.4 2005/146; Postulat von Florence Brenzikofer vom 26. Mai 2005: Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen; überwiesen am 23/03/2006**

Der Bericht zur Standortbestimmung über die Schülerinnen- und Schülerbeurteilung an der Volksschule (VO BBZ) und zum Postulat wurde vom Landrat am 23. Juni 2011 (LRV 2011/057) zur Kenntnis genommen. Der Landrat hat die Abschreibung des Vorstosses abgelehnt. Im Zuge der Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft wird die Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt (VO BBZ) vom 9. November 2004 in interkantonalen Absprache revidiert. Das Postulat wird in diesem Rahmen bearbeitet und auf der Grundlage des Ergebnisses dessen Abschreibung in Aussicht genommen.

**3.5.1.5 2005/271; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2005: Nicht nur Akademiker für unser Baselbiet; überwiesen am 27/04/2006**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im I. Quartal 2012 unterbreitet.

**3.5.1.6 2005/182; Postulat von Christoph Rudin vom 23. Juni 2005: Kulturgesetz; überwiesen am 18/05/2006**

Der Regierungsrat erarbeitet zurzeit ein Kulturleitbild (Motion 2009/320). Ein erster Entwurf des Kulturleitbilds wird dem Parlament im I. Halbjahr 2012 unterbreitet. Die Abschreibung des Vorstosses wird mit der Vorlage zum Kulturleitbild/Kulturgesetz in Aussicht genommen.

**3.5.1.7 2006/101; Postulat von Christian Steiner vom 6. April 2006: Eltern bilden statt Kinder therapieren; überwiesen am 02/11/2006**

Der Landrat hat am 22. September 2011 (LRV 2011/118) vom Bericht Kenntnis genommen und die Abschreibung des Vorstosses abgelehnt. Gefordert werden mehr Aktivitäten im Frühbereich sowie die Erarbeitung eines konkreten Konzeptes.

Zur Erfüllung des Postulates 2008/333 der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Förderung der Früherziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung ist eine Landratsvorlage in Vorbereitung, welche dem Parlament im I. Halbjahr 2012 unterbreitet wird. Unter anderem wird diskutiert, ob ein Ausbau des Engagements des Kantons im Bereich „Frühe Förderung“ vorgeschlagen werden kann. Das Postulat wird in diesem Rahmen bearbeitet und dessen Abschreibung in Aussicht genommen.

**3.5.1.8 2006/251; Postulat von Madeleine Gösche vom 19. Oktober 2006: Auswertung der Agendaführung von Lernkräften; überwiesen am 15/02/2007**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im I. Quartal 2012 unterbreitet.

**3.5.1.9 2006/227; Postulat von Eva Gutzwiller vom 21. September 2006: Gewaltprofile an den Schulen Erfassung mittels Internet; überwiesen am 15/02/2007**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2012 unterbreitet.

**3.5.1.10 2007/068; Postulat von Georges Thüring vom 22. März 2007: Förderung des regionalen Theaterschaffens; überwiesen am 06/09/2007**

Der Regierungsrat erarbeitet zurzeit ein Kulturleitbild (Motion 2009/320). Ein erster Entwurf wird dem Parlament im I. Halbjahr 2012 unterbreitet. Die Abschreibung des Vorstosses wird mit der Vorlage zum Kulturleitbild/Kulturgesetz in Aussicht genommen.

**3.5.1.11 2007/315; Postulat von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2007: Campus Sport für die Region; überwiesen am 08/05/2008**

Die entsprechende Landratsvorlage wird dem Parlament im I. Quartal 2012 unterbreitet.

**3.5.1.12 2007/232; Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 20. September 2007: Volle Ausschöpfung und Erweiterung der Kriterien für die Gewährung von Finanzhilfen zur Erstellung und den Betrieb von Sportanlagen; überwiesen am 08/05/2008**

Die Abschreibung des Postulates wird mit der Landratsvorlage Kantonales Sportanlagen-Konzept 3 (KASAK 3) vom 10.01.2012 (2012/006) in Aussicht genommen.

**3.5.1.13 2007/202; Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Überprüfung Standorte Universität Basel; überwiesen am 08/05/2008**

Die Masterplanung Polyfeld Muttens und das Siegerprojekt für den Neubau der FHNW in Muttens haben im Sommer 2011 eine neue Option für einen möglichen universitären Standort in BL geschaffen; diese wird im Rahmen der Investitionsplanung vom Regierungsrat evaluiert. Die Vorlage wird dem Parlament im II. Quartal 2012 unterbreitet.

**3.5.1.14 2008/068; Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. März 2008: Entlastung der Schulen von unnötiger Bürokratie; überwiesen am 30/10/2008**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im I. Quartal 2012 unterbreitet.

**3.5.1.15 2008/092; Postulat von Thomas Bühler vom 10. April 2008: Klassengrößen an der Volksschule; überwiesen am 30/10/2008**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im I. Quartal 2012 unterbreitet.

**3.5.1.16 2008/108; Postulat von Urs Berger vom 24. April 2008: Gewaltfreie Jugend - Gewaltfreie Schule; überwiesen am 30/10/2008**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2012 unterbreitet.

**3.5.1.17 2008/333; Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Förderung der Früherziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung; überwiesen am 24/09/2009**

Die Vorlage wird in interdirektionaler Abstimmung und in Abstimmung mit dem Postulat Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion: Ausreichende Deutschkenntnisse sind unabdingbar für den Lernerfolg (2011/094) dem Parlament im I. Halbjahr 2012 unterbreitet.

**3.5.1.18 2009/187; Postulat von Georges Thüring vom 25. Juni 2009: Einfrierung der Uni-Beiträge und Bekämpfung der Nachwuchsprobleme in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen und Studien; überwiesen am 24/09/2009**

Die gemäss LRB 1378 vom 24.09.09 modifizierte Motion wurde als Postulat überwiesen. Der Vorstoss wird mit der Vorlage zur Motion 2009/005 „Massnahmenpaket für die Förderung des Interesses an der naturwissenschaftlichen Ausbildung in den Baselbieter Schulen“ vom 15. Januar 2009 bearbeitet und auf der Grundlage des Ergebnisses dessen Abschreibung in Aussicht genommen.

**3.5.1.19 2008/251; Postulat der SP-Fraktion vom 16. Oktober 2008: Änderung der Verordnung für die Musikschule; überwiesen am 4/09/2009**

Eine entsprechende Landratsvorlage, welche Stellung nimmt zu den thematisch zusammenhängenden Postulaten 2008/251, 2009/232 (familienfreundliche Musikschule für alle Bevölkerungsschichten) und 2011/053 (Förderung der volkstümlichen Schweizer Musik in der Musikschule) wird dem Parlament im I. Halbjahr 2012 unterbreitet.

**3.5.1.20 2008/252; Postulat von Beatrice Fuchs vom 16. Oktober 2008: Förderung des Behindertensports durch den Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 12/11/2009**

Die entsprechende Landratsvorlage wird dem Parlament im I. Quartal 2012 unterbreitet.

**3.5.1.21 2008/337; Postulat von Gerhard Hasler vom 10. Dezember 2008: Drogen an Schulen; Schaffung einer gesetzlichen Grundlage; überwiesen am 11/02/2010**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2012 unterbreitet.

**3.5.1.22 2008/109; Postulat von Jacqueline Simonet vom 24. April 2008: Zugang zu Behindertenorganisationen für Nicht-IV-Berechtigte; überwiesen am 30/10/2008**

Im Rahmen des Projektes "Umsetzung des Konzeptes der Behindertenhilfe beider Basel" wird eine Revision der kantonalrechtlichen Grundlagen der Behindertenhilfe vorbereitet. Die Frage des Zugangs zu Leistungen der Behindertenhilfe wird im Gesetzesentwurf beantwortet und im Gesetzgebungsverfahren entschieden. In

diesem Zuge wird die Abschreibung des Postulates in Aussicht genommen. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat im II. Halbjahr 2012 unterbreitet. (Jahresprogramm: Nr. 6.06.02).

**3.5.1.23 2009/367; Postulat von Karl Willmann vom 9. Dezember 2009: Harmonisierung des Bildungsraums Nordwestschweiz; überwiesen am 10/06/2010**

Das Anliegen ist in der Anhörungsvorlage zur Stunden-tafel Sekundarstufe I aufgenommen. Die Anhörung dauert bis 20.1.2012. Die Abschreibung des Postulates soll nach definitiver Verabschiedung der Stundentafel Sekundarstufe I durch den Bildungsrat in Aussicht genommen werden.

**3.5.1.24 2009/189; Postulat von Martin Rüegg vom 25. Juni 2009: Subventionierung des Sportmuseums Schweiz; überwiesen am 25/11/2010**

Der Regierungsrat bewilligte dem Sportmuseum für die Jahre 2012/2013 CHF 300'000 aus dem Swisslos-Fonds Basel-Landschaft. Eine langfristige Subventionierung des Sportmuseum Schweiz, wie sie im Postulat 2009/189 gefordert wird, hängt allerdings von den kulturpolitischen Prioritäten der nächsten Jahre und der finanzpolitischen Lage des Kantons ab. Der Regierungsrat befindet sich zurzeit in der Ausarbeitung von Richtlinien zur Förderung von Museen und Sammlungen. Auf der Grundlage dieser Richtlinien wird eine entsprechende Landratsvorlage erarbeitet und dem Parlament im I. Quartal 2013 unterbreitet.

**3.5.1.25 2009/232; Postulat von Christine Gorren-gourt vom 10. September 2009: Familienfreundliche Musikschule für alle Bevölkerungsschichten; überwiesen am 25/11/2010**

Eine entsprechende Landratsvorlage, welche Stellung nimmt zu den thematisch zusammenhängenden Postulaten 2008/251 (Änderung der Verordnung für die Musikschule), 2009/232 und 2011/053 (Förderung der volkstümlichen Schweizer Musik in der Musikschule) wird dem Parlament im I. Halbjahr 2012 unterbreitet.

## 3.5.2 Motionen

**3.5.2.1 2003/090; Motion der GPK vom 10. April 2003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen; überwiesen am 18/09/2003**

Der Regierungsrat erarbeitet zurzeit ein Kulturleitbild (Motion 2009/320). Ein erster Entwurf wird dem Parlament im I. Halbjahr 2012 unterbreitet. Die Abschreibung des Vorstosses wird mit der Vorlage zum Kulturleitbild/Kulturgesetz in Aussicht genommen.

**3.5.2.2 2003/188; Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!; überwiesen am 13/11/2003**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2012 unterbreitet.

**3.5.2.3 2005/126; Motion von Jacqueline Simonet vom 12. Mai 2005: Ergänzung des Bildungsgesetzes betreffend Aufnahmeverfahren einer Speziellen Förderung; überwiesen am 23/03/2006**

Der Bericht zur Standortbestimmung über die Schülerinnen- und Schülerbeurteilung an der Volksschule (VO BBZ) und zu dieser Motion wurde vom Parlament am 23. Juni 2011 (LRV 2011/057) zur Kenntnis genommen. Der Vorstoss wird im Rahmen der Vorlage „Integrative Schulung“ behandelt und nach Abschluss der Vernehmlassung (2012) dem Parlament im Jahr 2013 unterbreitet.

**3.5.2.4 2006/225; Motion von Martin Rüegg vom 21. September 2006: Sport als Promotionsfach; überwiesen am 15/02/2007**

Der Bericht zur Standortbestimmung über die Schülerinnen- und Schülerbeurteilung an der Volksschule (VO BBZ) und zu dieser Motion wurde vom Landrat am 23. Juni 2011 (LRV 2011/057) zur Kenntnis genommen. Der Landrat hat die Abschreibung des Vorstosses abgelehnt. Im Zuge der Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft wird die Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt (VO BBZ) vom 9. November 2004 in interkantonaler Absprache revidiert. Die Motion wird in diesem Rahmen bearbeitet und auf der Grundlage des Ergebnisses dessen Abschreibung in Aussicht genommen.

**3.5.2.5 2009/109; Motion von Regula Meschberger vom 23. April 2009: Musikalische Talentförderung; überwiesen am 12/11/2009**

Die entsprechende Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im I. Quartal 2012 unterbreitet.

-----

**3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat**

**3.6.1 Postulate**

Keine

**3.6.2 Motionen**

Keine

\* \* \*

**4 Anträge**

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

1. die unter Ziffer 2 aufgeführten Vorstösse abzuschreiben und
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, 31. Januar 2012

Im Namen des Regierungsrates  
der Präsident:  
der Landschreiber:

Zwick  
Achermann

**Beilagen:**

Zur Abschreibung beantragte Postulate und Motionen

**Hinweis:**

Die Vorstösse sind [online einsehbar](#)